

Die Millenniumentwicklungsziele als Motor für Entwicklung

„Es geht nicht um Mildtätigkeit, sondern um mehr Gerechtigkeit“ dieser Satz meines nigerianischen Kollegen, Dr. Tadjudeen Abdul-Raheem, der die Afrikanische UN-Millenniumkampagne viele Jahre leitete, sollte mein Lieblingszitat werden, wenn ich hier in Deutschland Vorträge über die Millenniumsziele halte und erkläre, weshalb diese Entwicklungsagenda, so einzigartig ist und solch große Chancen bietet gerechter Globalisierung ein Stück näher zu kommen.

Diese Gerechtigkeit forderte er vehement von den zu Recht sehr häufig kritisierten afrikanischen Regierungen ein, die vornehmlich in ihre eigene Tasche wirtschaften, anstatt die Ressourcen in den dringend notwendigen Aufbau einer Infrastruktur stecken, von der alle profitieren könnten: in Bildung, Gesundheit, Ernährungssicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

Die Kampagnen zur Umsetzung der Millenniumsziele in Afrika, aber auch in Asien und Lateinamerika nutzen die Kraft dieser Zielvereinbarungen dazu von ihren eigenen Regierungen endlich das einzufordern, was sie schon lange für absolut notwendig halten: das Recht auf ein Leben in Würde für alle – nicht nur für eine privilegierte Elite. Der Druck aus der Zivilgesellschaft auf die Regierungen wächst. Minister werden wegen Korruption entlassen und Menschen gehen auf die Straße, wenn ihnen das Recht auf Bildung verwehrt wird. So geschehen beim internationalen Weltarmutstag, dem sogenannten STAND UP Event gegen Armut: Eine Kommune von Dalits (die sogenannten Unberührbaren in Indien), davon neunzig Prozent Analphabeten, die nur 30 km von der Hauptstadt völlig vergessen in ärmlichsten Verhältnissen ohne Strom und Wasserversorgung überleben, nutzten die mediale Aufmerksamkeit des weltweiten Aktionstages um ihre Regierung bloßzustellen und unter Druck zu setzen: Sie bauten ein provisorischen Schulzelt auf und machten ihren Anspruch auf Bildung deutlich. Proteste wie diese gab es zu Tausenden und die Regierung gab schließlich nach: seither ist das Recht auf Bildung in der indischen Verfassung verankert und die kleine Kommune unweit der Hauptstadt hat doch tatsächlich ein festes Schulgebäude erhalten. Mit den neuen Programmen zur Armutsbekämpfung vollzieht Indiens Regierung einen Strategiewechsel – statt korruptionsanfälliger Förderprogramme, wird Hilfe zur Selbsthilfe geleistet und den Armen ein Rechtsanspruch (entitlement) eingeräumt – vielleicht sogar demnächst das Recht auf Nahrung – dafür kämpfen die engagierten Kommunen der Dalits bereits.

Solche Erfolgsgeschichten sind ermutigend, ebenso wie beispielsweise das vorbildliche Handeln der tansanischen Regierung, die nachdem ihnen die Auslandsschulden erlassen wurden, die Schulgebühren abgeschafft hat, weil diese Einnahmequelle jetzt nicht mehr notwendig war. Dadurch konnten auch arme Familien ihre Kinder in die Schule schicken. Eine zusätzliche kostenfreie Schulspeisung ermöglichte es vielen Kindern erstmals wenigstens einmal am Tag eine warme Mahlzeit zu bekommen. Die Einschulungsrate in Tansania liegt derzeit bei über 90 Prozent. Sicherlich sind die Schulbedingungen noch weit von dem entfernt was wünschenswert wäre – die Klassen sind oft überfüllt, an Schulmaterial mangelt es, die Lehrer sind nicht ausreichend qualifiziert. Aber, und das ist wichtig, es ist ein Anfang gemacht in die richtige Richtung und diese Erfolge gilt es auszubauen, Schritt für Schritt.

Und was ebenfalls aus dem Beispiel deutlich wird: wenn beide Seiten, die reichen wie die armen Nationen ihre Hausaufgaben machen, kann sich die Kraft dieser Zielvereinbarung entfalten: die reichen Nationen, so wie im Entwicklungsziel Nr.8 festgelegt, haben das arme Land entschuldet und die Regierung der armen Nation, hat den dadurch gewonnen finanziellen Handlungsspielraum

genutzt um ein sehr wichtiges Entwicklungsziel, nämlich den Zugang zu Primarschulbildung umzusetzen.

Und Bildung- insbesondere Bildung für Mädchen - ist ein wesentlicher Schritt, um auch die anderen Entwicklungsziele zu erreichen. Nachweislich sterben weniger Frauen an der Folge von Schwangerschaften und bringen weniger Kinder zur Welt, wenn sie Zugang zur Bildung haben. Ihre Kinder haben eine größere Chance das 5. Lebensjahr zu erreichen, weil die Mütter mehr verdienen und mehr über Hygiene und den Zusammenhang mit Krankheiten wissen.

Ebenso ermutigend ist das Handeln der äthiopischen Regierung, die zeigt, dass man, wenn der politische Wille da ist, große Fortschritte erreichen kann. In nur 3 Jahren wurden über 30.000 Basis-Gesundheitskräfte ausgebildet und damit konnte die Kinder- und Müttersterblichkeitsrate signifikant gesenkt werden. Das gleiche gilt für ein ambitioniertes Programm der ruandischen Regierung im Gesundheitssektor, wodurch sich in den vergangenen 5 Jahren die Verwendung von modernen Verhütungsmitteln fast verdreifachte und über 50 Prozent aller Geburten inzwischen von professionellen Hebammen begleitet werden. Wo ein politischer Wille ist, ist auch ein Weg.

Positive Nachrichten dieser Art gibt es viele – daraus gilt es zu lernen, diese positiven Entwicklungen müssen unterstützt werden, sie gilt es voranzutreiben, anstatt über mangelnden Fortschritt und Fehlschläge zu lamentieren.

Die Hauptverantwortung zur Erreichung und Umsetzung der Millenniumentwicklungsziele liegt bei den Entwicklungsländern, aber unser Teil der Verantwortung liegt darin, sie dabei zu unterstützen und sie nicht an der Entwicklung zu hindern – was leider viel zu oft der Fall ist.

So schätzt die UN, dass Entwicklungsländern jährlich über 700 Mrd US \$ durch ungerechte Welthandelsregeln verloren gehen. Das ist ca. die sechsfache Summe der gesamten weltweiten Entwicklungshilfe, die derzeit bei 119 Mrd US \$ liegt.

Beispiele, wie diese, aus denen deutlich wird, dass unsere Finanz- und Wirtschaftspolitik, aber auch unsere gemeinsame EU-Agrarpolitik oder auch unsere Umweltpolitik die Umsetzung der Millenniumsziele konterkarieren gibt es viele. Während die Entwicklungszusammenarbeit zunehmend wirksamer wird und sich redlich müht den Ärmsten der Armen eine Chance zu geben und ihre Lebensumstände zu verbessern, scheinen die anderen Politikfelder vergessen zu haben, dass die Millenniumserklärung nicht vom Entwicklungsminister, sondern vom damaligen Bundeskanzler verabschiedet wurde. Das heißt, alle Ressorts sind zur Umsetzung der Ziele verpflichtet. Bundeskanzlerin Merkel hat sich bei ihrem Amtsantritt ebenfalls zu den Zielen bekannt und auch in der schwarz-gelben Koalitionsvereinbarung sind sie erneut verankert worden.

Doch spätestens, wenn im Rahmen von Weltkonferenzen, wie beispielsweise diese Tage im Rahmen der HIV-Aids Konferenz in Wien, oder kurz zuvor beim G8 bzw. G20 Gipfel deutlich wird, dass die versprochenen finanziellen Zusagen zur Erreichung der Entwicklungsziele wieder nicht eingehalten werden, dann bekommt unsere Politik ein ernsthaftes Glaubwürdigkeitsproblem.

Eine Regierung, die auf dem Millenniumsgipfel zusagt hat, den universellen Zugang zu HIV-Präparaten, -Pflege und Behandlung bis 2010 sicherzustellen, kann nicht gleichzeitig auf EU-Ebene mit Indien ein Freihandelsabkommen vorantreiben, welches das Recht auf geistiges Eigentum und Patentschutz zugunsten der Pharmaindustrie über das Recht auf Überleben bedürftiger Patienten in

Entwicklungsländer stellen. Hier geht es nicht um die Vermarktung von Autos. Wenn man den Zugang zu Medikamenten verwehrt, entzieht man sich seiner sozialen und ethischen Verantwortung.

Indien gilt als „Apotheke der Armen“. 92 Prozent der in Entwicklungsländern verwendeten Präparate kommen aus Indien. Die von HIV betroffenen Länder des Südens können sich Medikamente mit weniger Nebenwirkungen oder besserer Handhabung nicht leisten, wenn diese durch Patentschutz zu teuer sind. Werden Generika teurer, ist das das Todesurteil für Hunderttausende von Menschen.

Auch am Beispiel der gemeinsamen EU-Agrarpolitik wird deutlich, wie schwer es unserer Regierung fällt ihre Versprechen vom Millenniumsgipfel durch eine kohärente Politik zu Gunsten der Ärmsten einzuhalten: Über 75% der Menschen, die in extremer Armut leben, leben von der Landwirtschaft. Aber auf dem Markt von Dakar finden sie subventioniertes Obst aus Europa, das billiger ist, als einheimische Früchte. In Ghana überschwemmt subventioniertes Tomatenmark aus Italien den Markt und verdrängt lokale Tomatensorten. In Bangladesch und Kamerun geben Milchbauern auf, weil sie nicht gegen das billige Milchpulver aus der EU konkurrieren können. Durch unsere EU-Agrarsubventionspolitik verlieren in Entwicklungsländern Hunderttausende von Kleinbauern (meistens sind es Bäuerinnen) ihre Existenzgrundlage. Menschen, die sich ohne unsere schädlichen Interventionen sehr wohl selber ernähren könnten. Und hier in Europa profitieren von den Subventionen vorrangig Großbetriebe und die Nahrungsmittelindustrie. Diese Praxis belastet den Steuerzahler und die Umwelt – denn anstatt ökologischen Landbau unterstützen, werden die Betriebe gefördert, die mit viel Pestiziden und Kunstdünger auf großen Flächen mit wenig Arbeitskräften Quantität statt Qualität erzeugen.

Außerdem leiden die Entwicklungsländer extrem unter den Folgen des Klimawandels. Ein Afrikaner produziert aber durchschnittlich weniger als 1 Tonne CO² im Jahr, ein Europäer ca. 10 Tonnen und ein US-Amerikaner ca. 20 Tonnen. Mehr als verständlich, dass Entwicklungsländer bei den Verhandlungen rund um das Kyoto-Nachfolge Protokoll mehr Klimagerechtigkeit fordern. Zumal der Klimawandel in den Entwicklungsländern bereits jetzt viel mehr Opfer fordert – extreme Dürren und Überschwemmungen treffen insbesondere die Ärmsten.

Und leider hat auch die von uns verursachte Weltwirtschaftskrise nicht vor den Entwicklungsländern halt gemacht. In der ersten Dekade vor der Finanzkrise wiesen die Länder in Subsahara Afrika ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von beachtlichen sechs Prozent auf. Nach der Krise sind sie auf durchschnittlich zwei Prozent zurückgefallen. Die Weltbank errechnete, dass durch die Finanzkrise mindestens 55 Millionen Menschen in extreme Armut zurückgeworfen wurden. Und eine Studie von der Universität von Stanford belegt, dass ohne die Wirtschaftskrise 70 Prozent der Länder in Subsahara Afrika das erste Millenniumsziel der Armutsbekämpfung bis spätestens 2017 erreicht hätte.

Zeitgleich mit dem diesjährigen Bericht der UN zum Umsetzungsstand der Millenniumsziele wurde auch der Weltvermögensbericht 2010 veröffentlicht: Die Reichen besitzen 19 Prozent mehr als ein Jahr zuvor. Und das Vermögen der weltweit 93.000 Superreichen wuchs sogar um 22 Prozent. Als superreich gilt, wer mehr als 30 Millionen US Dollar besitzt. In Deutschland stieg die Zahl der Millionäre um 51.000, das sind 6,4 Prozent mehr als im Vorkrisenjahr. Damit rangiert Deutschland weltweit auf Platz drei der Millionärsskala. Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst nicht nur weltweit sondern auch innerhalb der Länder immer weiter.

Je mehr man sich mit den komplexen Zusammenhängen von Entwicklung befasst, desto mehr wird deutlich, dass es um weit mehr geht, als um Zugang zu Nahrung und Bildung und Gesundheit. Es geht um Märkte, um viel Geld und um jede Menge Machtinteressen.

1,4 Milliarden Menschen, das sind fast 20 Prozent der Weltbevölkerung leben in extremer Armut. Jede Minute stirbt eine Frau bei der Geburt ihres Kindes, 99 Prozent der Todesfälle ereignen sich in Entwicklungsländern, jeden Abend gehen weltweit 1 Milliarde Menschen mit leerem Magen zu Bett. Ein Drittel der Todesursachen für Kindersterblichkeit sind auf Unterernährung zurückzuführen. Alle 3 Sekunden stirbt ein Kind an den Folgen einer vermeidbaren Krankheit. Hinter all diesen Zahlen, die auf internationalen Bilanzkonferenzen immer wieder genannt werden, stecken viele menschliche Schicksale, sie haben es verdient, dass wir uns nicht mit dem Erreichten zufrieden geben, oder sogar vor dem Etappenziel im Jahr 2015 bereits aufgeben. Wie sagte mein afrikanischer Kollege mit Blick auf die afrikanischen Regierungen: „Don't let them off the hock“ – lasst keine Entschuldigung gelten, es kann noch viel erreicht werden in den verbleibenden 5 Jahren.